

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

266 (15.11.1920)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Postbezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelgep. 25 S. Ausgabe: Per Postmittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.— M. Die 8spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Reichsanwalt und Minister Simons im Rheinland

Bedeutende Ansprachen der beiden Staatsmänner

W.D. Düsseldorf, 14. Nov. Im hiesigen Apollotheater sprach heute vormittag vor Tausenden von Bürgern Düsseldorf der Reichsanwalt Dr. Simons und Reichsminister des Innern Dr. Brüning. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Köhler erging Reichsanwalt Dr. Simons das Wort. Der Zweck der Reise sei in erster Linie seitens der Reichsregierung mit dem Rheinland und seiner Bevölkerung Fühlung zu nehmen und aus der Ansprache mit den rheinischen Vertretern Mut für die weitere Betätigung in der Reichsregierung zu gewinnen. Der Reichsanwalt betonte jedoch das volle Verständnis für die Bestrebungen der Arbeiter auf ideellen und materiellen Gebiete. Die deutsche Arbeiterbewegung habe sich einen hervorragenden Platz im deutschen Wirtschaftsleben gesichert. Es gelte diesen in erster Arbeit auszubauen. Nebenbei auf die Sozialisierungsfrage betonte der Reichsanwalt, dass die gerade jetzt zusammengetretene Kommission diese Frage einer eingehenden Lösung entgegenzuführen würde. Der Reichsanwalt erklärte, dass die Fortentwicklung der Industrie auf der Grundlage der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung im Vordergrund der Betrachtung stehen müsse. Unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung müsse die Reichsregierung auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sorgen. Er schloß mit dem Wunsch, dass auch diesmal unsere Angehörigen einen schönen deutschen Tag des Friedens und der Sicherheit ohne militärische Übergriffe erleben würden.

Hierauf anschließend nahm der Reichsminister des Innern Dr. Brüning das Wort und wies ebenfalls auf die Fragen des Friedensvertrages und seine Folgen hin. Selbst die Hoffnung, daß uns die zugesicherte Vorkräfte von 5 M für die Jahre und der Vorkauf in Höhe der Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis für die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung und insbesondere der Bergarbeiter zur Verfügung stehen sollte, ist zu nichts geworden. Der Reichsminister wies darauf hin, daß auf Deutschland ein doppelter Druck laufe, ein wirtschaftlicher und ein sozialer, der einmal in der Unmöglichkeit bestünde, die vielen Kosten in dem Friedensvertrage zu erfüllen und ob diese erfüllbar seien, sodann in der dauernden Erhöhung des Einkommens in die bisher unbekanntem Gebiete. Der Reichsminister kam auf die bevorstehenden Verhandlungen von Brüssel und Genf zu sprechen. Frankreich wolle gegen die Genfer Konferenz und wolle die ganze Wiedergutmachungsfrage ohne gegenseitige Verhandlungen der Sachverständigen durch den Wiedergutmachungsausschuß entscheiden lassen. Deutscherseits sei in dieser Frage der Ratsschlag gemacht worden, zunächst einmal die einzelnen Wiedergutmachungsprobleme ganz objektiv durch die Sachverständigen der jeweiligen beteiligten Mächte besprechen zu lassen. Leider sei es nicht dazu gekommen. Jetzt scheint es aber dazu zu kommen, daß in Brüssel Verhandlungen zwischen den Sachverständigen aller beteiligten Länder stattfinden. Die Reichsregierung sei auf die Verhandlungen vorbereitet, welche die Voraussetzungen darlegen sollten, auf deren Basis überhaupt ein Vergleichungsangebot in der Wiedergutmachungsfrage abgeben werden könne. Die Voraussetzungen seien vor allem das Verbleiben der Oberkreise bei Deutschland und eine Verankerung der ungeheuren Kosten für die Besagten. Bezüglich der Drohungen mit dem Einmarsch betonte er, daß Deutschland eine solche Drohung als nicht verbindlich anerkenne, daß daher die deutsche Regierung berechtigt sei, einen weiteren Einmarsch in deutsche Gebiete als einen feindseligen Akt zu betrachten. Deutschland habe in der Entschuldigungsfrage ja viel geleistet, daß jede militärische Gewalt von seiner Seite ausgeschlossen sei. Es wird besonders Deutschlands Aufgabe sein, den Gedanken der Einigung und der gegenseitigen Zusammenarbeit der Stände im Innern und nach Außen hin hoch zu halten.

Neuregelung der Arbeitszeit

W.D. Berlin, 14. Nov. Zur Neuregelung der Arbeitszeit finden seit einigen Tagen im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden statt. Den Verhandlungen die heute beendet werden dürften, liegt ein Entwurf zugrunde, der vorläufig ein reiner Referentenentwurf ist, also einen Ausnahmeweg noch nicht beschritten hat. Der Entwurf hält grundsätzlich am Achtstundentag fest, ist aber befreit, durch Einführung von Ausnahmen die schärfsten Auswüchse zu beseitigen.

Bemerkenswert ist, daß bereits das Reichsgericht eine Entscheidung gefällt hat, wonach der Achtstundentag überschritten werden kann, wenn der Wunsch dazu von den Unternehmern ausgeht. Sicher werden in der Frage der Durchbrechung des Achtstundentages noch lebhafteste Meinungskämpfe entzünden, da die Gefahr einer allgemeinen Beilegung des Achtstundentages nicht gering ist.

Nachklänge zum Berliner Gemeindearbeiterstreik

W.D. Berlin, 14. Nov. Die Direktion der hiesigen Elektrizitätswerke Groß-Berlins hat gegenüber einem der Hauptstreikführer seit ein Verfahren eröffnet, um festzustellen, ob er Sabotage verübt oder daran mitgewirkt habe. Bis zur Feststellung der Tatsachen ist er vom Dienste suspendiert. Während der Suspension ist ihm unterstellt, die Elektrizitätswerke, Anlagen und die Verwaltungsgebäude zu betreten.

Zwei Mitglieder der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung unterbreiteten dieser einen Antrag über das Vertragsverhältnis der hiesigen Arbeiter, die in den Betrieben beschäftigt sind, aus denen die Bevölkerung mit Gas, Elektrizität und Wasser versorgt wird, wonach zu bestimmen sei, daß jeder Arbeiter der gegen die Anordnung vom 10. November verstoßt, sofort zu entlassen ist und ohne Zustimmung der hiesigen Gewerkschaften nicht wieder eingestellt werden darf.

Im Reichstag wurde von deutschnationaler Seite eine Interpellation eingebracht, dahingehend, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um künftig allen Streiks in den Großbetrieben zu begegnen.

Abg. Hue gegen die Stimmvorschläge

Wie die N. aus Köln meldet, hat der Abgeordnete Genosse Hue öffentlich dagegen protestiert, daß das Mitglied des Bergarbeiterverbandes Wagner die Stimmvorschläge Sozialisierungsverträge unterzeichnet habe. Hue nennt diesen Vorgang einen Skandal. Seine Erklärung bezeichnet in erster Linie die von Stimmvorschlägen vorgeschlagene Gewinnbeteiligung der Arbeiter als eine Fälschung des Sozialisierungsgedankens. Genosse Hue erklärte, jede Verantwortung für die Unterschrift abzulehnen zu müssen; diese habe Wagner vielmehr in vollem Umfange selbst zu tragen.

Botschafterkonferenz und Dieselmotoren

Berlin, 14. Nov. In der Frage der Dieselmotoren ist der deutsche Friedensdelegation in Paris die Antwort der Botschafterkonferenz übermittelt worden, in der es heißt: Nach gründlicher Prüfung ist die Botschafterkonferenz zu folgender Entscheidung gekommen:

Die von der Internationalen Kontrollkommission angeordneten Ermittlungen haben ergeben, daß abgesehen von einem Vorrat von ungefähr 296 Dieselmotoren die Zahl der industriell verwendeten Motoren unbedeutend ist. Diese Zahl bestärkt die Botschafterkonferenz in der Ansicht, daß die Dieselmotore bei Verwendung in der Industrie nicht wirtschaftlich arbeiten. Dies rechtfertigt die Auffassung, daß Deutschland in Wirklichkeit nicht beabsichtigt, die Motore zur industriellen Verwendung in Anspruch zu nehmen. Da aber die deutsche Regierung versichert, daß es möglich sei, die Dieselmotore wirtschaftlich auszunutzen, so will die Botschafterkonferenz, die keineswegs den Wunsch hat, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beeinträchtigen, diese Versicherung gelten lassen. Sie ist daher bereit, die Motore bis auf weiteres zur Verfügung der deutschen Regierung zu lassen, vorausgesetzt, daß sie nur zu Handelsgewerkschaftlichen Zwecken verwendet werden. Die Botschafterkonferenz ist, daß die deutsche Regierung bis zum 31. März 1921 ein Verzeichnis aller Motoren, die industriell verwendet oder andererseits nicht eingesetzt wurden, der Kontrollkommission übermitteln und ihr die Kontrolle über die wirtschaftliche Verwendung dieser Motore in jeder Weise erleichtern. Die Botschafterkonferenz behält sich vor, bezüglich der bis zum 31. März 1921 nicht industriell verwendeten Dieselmotore zu entscheiden, daß sie unter Artikel 92 des Friedensvertrages fallen.

Die „Times“ über die Zustände in Deutschland

W.D. London, 13. Nov. Der Berliner Vertreter des „Times“ erklärte im Verlauf eines zwei Stunden langen Artikels über die heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustände in Deutschland die besten und verantwortungsvollsten Kreise der deutschen Finanzwelt seien nicht länger bereit, daß der Betrag der deutschen Entschuldigungen heute fixiert werde; das könnte zum Zusammenbruch führen. Der Times-Reporter rät den Ministern dringend an, daß sie, wenn sie heute sofortige Zahlung der deutschen Entschuldigungen verlangen könnten, in ihrem eigenen Interesse darauf bestehen sollten, daß Deutschland keine weiteren Papiergeldscheine druckt und daß es der internationalen und öffentlichen Ertragslage ein Ende machen müsse.

Ein Vertreter der „B. Z. am Mittag“ befragte mehrere führende Mitglieder der deutschen Finanzwelt wegen der Meinung der „Times“. Einer der befragten Herren, der Geschäftsführer der Diskontogesellschaft Aktiva erklärte, er könne nur sagen, daß wir grundsätzlich eine feste Schuldsumme lennen müßten. Brüssel und Genf hätten überhaupt nur einen Zweck, wenn uns gewisse Zugeständnisse durch Schaffung der Zahlungsmöglichkeit gewährt würden, wie die Sicherung der Oberkreise, die Ermöglichung der Befreiung von Steuern, Gewährung von Schiffsraum usw. Seitens der deutschen Bank würde erklärt, daß überall in der deutschen Finanzwelt die Heberzeugung herrsche, daß die Schuldsumme unbedingt endgültig festgesetzt werden müsse. Auch maßgebende ausländische Finanzstellen erklären, daß sie mit aller Energie auf die Festsetzung einer bestimmten Schuldsumme hindrängen.

Die Einigung Englands und Frankreichs

Paris, 14. Nov. (Agence Havas.) Die Note des französischen Ministerpräsidenten an den Vorkauf von Großbritanien vom 11. November bezieht sich auf die Einigung zwischen Frankreich und England. Die Note hebt vier verschiedene Stufen der Durchsetzung der Wiedergutmachungsfrage wie folgt fest:

1. eine Konferenz in Brüssel, bei der die beiden Sachverständigen mit den deutschen Sachverständigen zusammentreten;
2. eine Konferenz der beiden Sachverständigen in Genf nach der Volksabstimmung in Oberschlesien, spätestens aber in der ersten Hälfte des Februar 1921, um die Frage der Wiedergutmachung als Ganzes zu beraten. Die Deutschen werden an dieser Konferenz mit beratender Stimme teilnehmen wie in Spa. 3. Die Wiedergutmachungskommission wird den Mächten einen Bericht über die Zahlungsmöglichkeit Deutschlands erlassen. 4. Der Oberste Rat wird zusammentreten um alle noch nötig erscheinenden Maßnahmen, wie Sicherheiten und Strafmaßnahmen, zu prüfen.

Vom Völkerbund

Genf, 14. Nov. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Völkerbundes stehen drei Punkte: Berichtigung des Einigungsprotokolls durch Komman; Ansprache von Bundespräsident Bolla und Wahl des Präsidenten. Aus Kreisen des Generalsekretariats des Völkerbundes wird erklärt, daß der Völkerbundrat keine Vorläufe einbringen wird. Man nimmt an, daß die ersten zehn Tage den Sitzungen gewidmet werden, die folgenden zehn Tage den Arbeiten der Kommissionen und die letzten zehn Tage den Sitzungen der Kommissionen und ihrer Diskussion in der Versammlung.

Der Völkerbundrat ist am Sonntag nachmittag im Völkerbundsekretariat zusammentreten. Auf der Tagesordnung der Sitzung des Völkerbundrates stehen als die zwei Hauptgegenstände: Die Verfassung von Danzig und der litauisch-polnische Streit.

Das Aufnahmeverfahren Oesterreichs in den Völkerbund ist am Freitag morgen beim Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf eingetroffen. Im Gegensatz zu Oesterreich und Bulgarien hat Deutschland kein Eintrittsgeld gezahlt.

Wie ist die Ernährungslage? Ernst oder verzweifelt?

Der Ernährungsminister Hermes hat bei der Beratung seine Haushalte im Hauptauschuß des Reichstages behauptet, die Ernährungslage sei ernst, aber nicht verzweifelt. Das ist nicht wahr; die Ernährungslage bleibt selbst dann verzweifelt, wenn noch in letzter Stunde eine Umkehr versucht wird; geschieht das nicht, so tritt die Ernährungsnotkatastrophe im Frühjahr des kommenden Jahres, wahrscheinlich schon im März, ein.

Im Mittelpunkt der Ernährungsfrage steht das Getreide. In der glücklichen Hermes-Periode ist das erste Getreide auf ein Drittel dessen zurückgegangen, was vor zwei Jahren erfaßt wurde. Natürlich ist es leicht, dafür die einzelstaatlichen Verwaltungen verantwortlich zu machen. Aber die Wahrheit ist, daß die beste Verwaltung kein Getreide mehr in ausreichendem Maße erfassen kann, wenn die Fleischbewirtschaftung aufgehoben ist. Der Vorrat der Reichs-Getreidekasse beträgt 363 000 Tonnen. Das reicht für einen, bestenfalls für anderthalb Monate. Wie Herr Hermes zu der Versicherung kommt, daß die reine Vorkaufverpflichtung bis Mitte März genügt, daß täglich 2000 Tonnen Inlandsgetreide und 10 000 Tonnen Auslandsgetreide eingehend werden. Wenn das geschähe, dann wäre die Versorgung bis zum 15. März durchzuführen und die Katastrophe wäre erst am 16. März ein. Aber ob die Einkünfte diese Höhe erreichen, ist überaus zweifelhaft. Die Ablieferung von Inlandsgetreide ist bisher von Woche zu Woche zurückgegangen. Im Ausland haben wir freilich fleißig Getreide gekauft. Aber gegenwärtig steht der Dollar auf über 80 M., und es sind noch 1,6 Millionen Tonnen Getreide nach dem Programm des Dr. Hermes zu kaufen. (Es ist übrigens charakteristisch für die Zahlenangaben des Ernährungsministers, daß er den Reichstagsabgeordneten die ganz gleichgültige Zahl nennt, wie viel gekauft sei und wie viel nicht; es kommt natürlich nur darauf an, wie viel bezahlt ist.) Allein die Getreideeinfuhr wird zwischen 15 und 20 Milliarden Mark erfordern. Natürlich zu dem heutigen Kurs; denn wenn etwa der Kurs des Dollars auf über 100 steigt, was Sachkennner für durchaus möglich halten, dann kostet das einzuführende Getreide noch einige Milliarden mehr. Woher Deutschland das bezahlen soll, weiß natürlich kein Mensch. Es drückt vergnügt weiter Papier, die unerlösbare Papierflut drückt die Baluta und treibt den Preis aller Waren, und wir werden den ganzen Winter über trotz der Krise die beständigsten Lohnkämpfe haben, zu denen die Not die Arbeiter mit Willen oder wider Willen zwingt. Schließlich werden die Lohnerhöhungen unvermeidlich sein, die Preise steigen dann weiter, und die Schranke dreht sich ohne Ende. Nach Hermes die Einfuhr! Inzwischen haben wir im Inlande etwa so viel Hafer, wie wir ausländisches Getreide (mit 10 Milliarden Reichsmark) kaufen müssen. Aber der Hafer wird verfrachtet — System Hermes — und die Bankrottwirtschaft geht weiter. Streitfrage: Tritt der Zusammenbruch vor oder nach dem 15. März ein? Darüber lassen sich die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten von Herrn Hermes unterhalten. Die Ernährungslage ist nicht ernst, sondern verzweifelt, aber der Ernährungsminister und seine Trabanten sind gewiß nicht ernst zu nehmen.

Selbst der deutschnationale Abg. Dr. Ködige, der als einziges Heilmittel gegen die Not (nach den Berichten) Aufhebung der Zuckerverwaltung und vermehrte Zuckerausfuhr empfahl, forderte wenigstens ein Getreidemonopol für die Getreideeinfuhr. Gegenwärtig besteht ein Einfuhrmonopol für Getreide, aber nicht ein solches des Reiches. Der Reichsgetreidekasse ist vielmehr der Einkauf von Auslandsgetreide streng verboten. Das Einfuhrmonopol hat eine Vereinigung deutscher Getreidehändler, und es gehört wenig Fantasie dazu, um sich vorzustellen, daß Hermes der Gott des freien Getreidehandels geworden ist. Das deutsche Volk bezahlt die Zehne.

Genau so wie beim Getreide liegt es nun bei den Delen und Fetten, beim Fleisch, bei allem anderen. Die Aufhebung der Rationierung ist nur zum Schein erfolgt. Die Einfuhr von ausländischen Delen und Fetten muß kontingiert bleiben, weil sonst der Kurs der deutschen Mark sofort ins Bodenlose stürzt. Die Aufhebung der Kontingierung bedeutet also lediglich, daß die Geld haben unbegrenzt kaufen können; die Gesamtmenge der eingeführten Zehne ist deshalb nicht größer als früher. Der einzige Unterschied ist, daß, während man früher gleichmäßig in günstigen und ungünstigen Zeiten einkaufte, damit die Versorgung und die Arbeitsverhältnisse immer gesichert blieben, unter Hermes die günstige Einkaufszeit verpaßt worden ist und jetzt um Milliarden teurer gekauft wird. Da man überdies die rechtzeitige Versorgung unterlassen hat, muß man jetzt auch fertige Auslandsmargarine hereinlassen. Auf diese Weise wird durch die geschickte Ernährungspolitik auch die Arbeitslosigkeit wirksam gefördert.

Wohin wir blicken, sehen wir Verschlechterung, Not und Gefahr. Herr Hermes hatte versprochen, die Produktion zu fördern und durch vermehrtes Angebot die Preise zu senken. Die Preise steigen und werden schon binnen vier Wochen ganz erheblich über den heutigen Preisen stehen. Die Produktion ist zurückgegangen und selbst das Verprechen des Dr. Hermes an die Landwirte, im nächsten Jahre den dreifachen Getreidepreis zu bewilligen, wird sie schwerlich steigern, denn die Acker werden nicht fett von den hohen Preisen, sondern vom Dünger.

Die sozialistischen Redner Gen. Hoch und Dr. Herx (U.S.P.) haben die Ernährungspolitik der gegenwärtigen Regierung als grundfalsch gekennzeichnet. Die bürgerlichen Parteien scheinen mit mehr oder minder gutem Gewissen Dr. Hermes halten zu wollen. Uns läßt das sehr kalt, denn in einigen Wochen fällt er doch. Als Partei kann es uns nur nützen, wenn alle bürgerlichen Parteien sich am System Hermes mitschuldig machen. Als Deutsche aber müssen wir hoffen, daß die Einsicht noch rechtzeitig kommt, um eine Katastrophe abzuwenden, deren politische Wirkung heute noch kein Mensch abzusehen vermag.

Der Berliner Gemeindearbeiterstreik

Die S.P.D.-Funktionäre über den Streik. — Ein Streik für kommunistische Treibereien und für die Einbrecher

Die unserer Partei angehörenden Berliner Betriebsräte und Funktionäre waren am Freitag nachmittag in der Bohrenerie versammelt. Sie zogen die Lehre aus dem Streik der Elektrizitätsarbeiter.

Der Referent, Adolf Ritter, beleuchtete die Vorgeschichte und den Verlauf des Streiks vom Standpunkt der Stadtverwaltung und betonte, daß die Interessen der Allgemeinheit einschließlich der Arbeiterschaft durch diesen Streik auf das schwerste verletzt worden sind. Die Arbeiterorganisationen müßten Vorkehrungen gegen die Wiederehr eines solchen unverantwortlichen Vorgehens treffen.

Die Disziplinierungsredner waren einzig in der Beurteilung des unverantwortlichen Streiks und in der Forderung von Maßnahmen zur Verhinderung solcher Situationen in der Zukunft. Das Ergebnis der Aussprache war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

Der Verlauf des Elektrizitätsarbeiterstreiks hat immer klarer gezeigt, daß es seinen Führern nicht um die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen, sondern um die Herbeiführung eines allgemeinen politischen Generalstreiks zur Durchsetzung kommunistischer Ziele zu tun war. Dies beweisen insbesondere auch die mehrfachen Versuche, durch fanatisierte Dutzende sogenannter Arbeitslosen arbeitende Betriebe gewaltsam anzuzulegen. Künstlich soll hierdurch die Not des Volkes ins Unträgliche gesteigert werden, um so den Boden für kommunistische Forderungen vorzubereiten. Innerlich frohlockend wartet die Reaktion nur auf diese Gelegenheit, um dann die Arbeiterschaft und ihre Organisationen niederzuschlagen.

Die Konferenz erwartet, daß die Gewerkschaften schleunigst Maßnahmen treffen werden, daß Streiks in Elektrizität, Gas- und Wasserwerken nur mit Zustimmung der Gesamtorganisation der Gewerkschaften durchgeführt werden können.

Gleichzeitig fordern wir die Gesamtarbeiterschaft auf, den Versuch, sie durch Terror zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen, überall entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Wirkungen des Streiks

Die Einbrecher nutzten die Finsternis mit einem Eifer aus, der schon nicht gut mehr übertrieben werden kann. Aus einem Geschäftshaus am Spittelmarkt holten sich die Diebstahler, die durch eine eingedrachte Scheibe eindringen, für eine halbe Million Seidenstoffe verschiedener Art heraus. In der Wilhelmstraße erbeutete eine Bande für 150 000 M. Damenkleidungsstücke, Illster usw., in der Neuen Schönhauser Straße für 50 000 M. und in der Al.-Noabit für 40 000 M. Schuhwaren. Nicht minder fleißig als die Geschäftseinbrecher „arbeiten“ die Wohnungseinbrecher. So erbeuteten sie in der Wendlerstraße 15 für 20 000 M., am Schleswinger Ufer 12 bei zwei Familien für über 150 000 M., am Kurfürstendamm 199 ebenfalls für 150 000 M., in der Friedrichstraße 20 für 80 000 M., in der Grünauer Straße 14 für 50 000 M., in der Kochstraße 8 und in der Daffauer Straße 18 für je 30 000 M. Sachen aller Art.

Zahllos sind die Einbrüche, bei denen die Beute nicht ganz so hoch ist, aber immer noch in die Tausende geht.

Deutschlands Verpflichtungen 2000 Milia: den

Der englische Geschäftsträger in Paris, Lord Derby, hatte dieser Tage Unterredungen mit dem Präsidenten und Ministerpräsidenten von Frankreich, um eine volle Verständigung in der Wiedergutmachungsfrage zu erzielen. Die englische Regierung soll eingewilligt haben, daß die Genfer Konferenz, die die Wiedergutmachung endgültig bestimmen soll, nicht über den 15. Februar hinausgeschoben werde. „Zeit Pariser“ glaubt, daß zwischen England und Frankreich eine Einigung erzielt worden sei.

Das Blatt ist weiter der Ansicht, daß die Interessen Frankreichs beimögligst gewahrt seien, da dem Wiedergutmachungsausschuß die Malle erhalten blieben, die ihm der Friedensvertrag zuspreche, und andererseits, die Vertreter des Deutschen Reiches nur beratende Stimme haben sollten. Alles das sei zwar nicht zu beachten, aber es blieben doch immer noch einige wesentliche Fragen zwischen den Verbündeten zu regeln, wie z. B. die Sicherungen und Strafmaßnahmen. Da die Mark zurzeit nur 20 Zentimes gelte, müsse man die Zahl, die für Goldmark gefunden werde, mit 6 multiplizieren, um die Summe in Papiermark zu finden, die Deutschland zahlen müsse. Wenn für Frankreich 220 Milliarden Goldmark in Frage kämen, so seien das 1320 Milliarden Papiermark, und da Frankreich nur 52 Prozent der Gesamtentschädigung erhalte, so werde sich die Gesamtsumme Deutschlands auf mehr als 2000 Milliarden Papiermark belaufen.

Wie die Franzosen sich die Eingehung dieser schmachvollen Summe denken, verraten sie nicht. In England scheint die Bewegung, die auf eine Revision des Versailler Vertrages hinauszielt, im Wachsen begriffen zu sein. So wird aus London berichtet:

In Kingsway Hall in London fand für die Revidierung der Friedensverträge eine Demonstration statt. Unter den Sprechern befanden sich die Parlamentsmitglieder Major Barnes und Kommandor Newborough. General Gough hat erklärt, der Friedensvertrag sei sowohl vom moralischen als auch vom zweckmäßigen Standpunkt durch und durch schlecht und habe kein einziges gutes Ergebnis zutage gefördert, wie es alle, die im Kriege gehofft haben, erwarteten. Gough fährt fort: „Wir haben gehofft, Gerechtigkeit und Billigkeit zwischen den Nationen zu erreichen und das christliche Glauben von Versprechen. Wir gebieten, einen guten und dauernden Frieden zu erreichen, der notwendigerweise auf den guten Willen gebaut werden mußte. Der Friedensvertrag hat nichts dergleichen geschaffen; wenn er nicht so abgeändert wird, daß irgend ein wirtschaftlicher Neuaufbau Europas stattfinden kann und irgend ein Gefühl der Wohlstandigkeit geschaffen wird, um zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu ermutigen und zuzubringen, wird Europa vor Ablauf eines Jahrhunderts zugrunde gehen, und England wird dann in den Zusammenbruch hineingezogen werden.“

Süddeutsche Demokratentagung

Zu einer Besprechung demokratischer Politiker hatten sich am 12. November in Heidelberg zahlreiche Vertreter der süddeutschen demokratischen Landtagsfraktionen aus Baden, Bayern, Württemberg und Hessen, die Reichstagsabgeordneten, die demokratischen Mitglieder der Regierungen der Länder, darunter der württembergische Staatspräsident Dr. Heber und die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats eingefunden. Abg. Conzab Aumann aus Stuttgart wies in seiner Ansprache darauf hin, wie die Verhältnisse der Zeit die Abhaltung dieser Tagung rechtfertigen, die aus der Überzeugung heraus entstanden sei, daß ein zweckmäßiges Maß von Initiative im Interesse der Reichspolitik notwendig sei.

Das erste Referat der Tagesordnung erstattete der hiesige Kultusminister Hummel über Kanalisierung und Elektrizitätsfragen. Diese Fragen, so betonte der Redner, sind Lebensfragen für Süddeutschland. Baden, Württemberg, Bayern und Hessen müssen ein einheitliches Wirtschaftsbild bilden und müssen die da und dort einander widerstrebenden Interessen ausgleichen. Damit verfolgen wir nicht nur paritätische Interessen, sondern es leitet uns die Sorge um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des ganzen Reiches. Die Rhein-Donau-Verbindung, die Oberelbs von Basel nach Mannheim sind die dringlichsten Aufgaben auf dem Gebiet der süddeutschen Wasserwirtschaft. Die süddeutschen Regierungen müssen den Versuch machen, einen gemeinsamen Weg zu finden, der diese Fragen einer gedeihlichen Lösung entgegenführt.

Die Aussprache war gründlich und ergiebig. Der Vorsitzende betonte die Notwendigkeit der süddeutschen Kanalprojekte unter den allerweitesten Gesichtspunkten zu betrachten.

Eine Politik der lokalen Interessen dürfe nicht getrieben werden. Die feste Betonung der Gemeinschaft der Interessen aller süddeutschen Staaten an den Fragen des Ausbaus der Wasserstraßen war das Ergebnis der Debatten, in der sich Politiker und wirtschaftliche Sachverständige aller vertretenen Länder beteiligten. Das Ergebnis der Aussprache wurde in folgenden einstimmig angenommenen Resolutionen niedergelegt:

„Die Süddeutschen demokratischen Abgeordneten des Reichstages und der Landtage und des Reichswirtschaftsrates erklären als dringendste Lebensfragen der süddeutschen Länder die Ausführung der Wasserstraßen und den Ausbau der Wasserstraßen und treten deshalb ein für den Bau des Rhein-Rain-Donau-Kanals, des Rhein-Neckar-Donaukanals und des Oberelbskanals, der Kanalisierung der oberen Donau von Regensburg bis Ulm und des Donau-Rodensekanals. Sie betrachten diese Wasserstraßen als ein zusammenhängendes Netz, das sich eingliedern muß in die internationalen Wasserwege Europas, wie sie die Zukunft bringt. Sie verlangen deshalb, daß ihre Ausführung allen Anforderungen genügt, die man an die modernen Großschiffahrtswege stellt.“ — „In jedem Gliedstaat ist ein Ausschuss einzusetzen, bestehend aus landwirtschaftlich, kulturell, technisch und volkswirtschaftlich erfahrenen Sachverständigen, die prüfen, wie die Landwirtschaft von den von den Kanälen berührten Gebieten durch diese Kanalbauten beeinträchtigt wird.“

Badische Politik

Beratung der Gemeindeordnung in dem Ausschuss für Rechtsplege und Verwaltung

Nach einer Regelung der Gebührenfrage zu § 9 wurde in die zurückerstellte Beratung des § 24, die Abgabehöhefrage der Bürgermeister betr., eingetreten. Hierzu wurde zu Abf. 1 der Zusatz angefügt: „nötigenfalls durch den Schlichtungsausschuß“. Die Beschlußfassung über diese Paragrafen wird zurückgestellt. Es wird hierauf der § 84, die Wahl der Gemeindebediensteten betr., beraten. Von sozialdemokratischer Seite wird folgender Antrag gestellt: 1. Die Zahl der Gemeindebediensteten beträgt das dreifache der Zahl der Mitglieder des Gemeinderats, jedoch höchstens 84. 2. Wendet sich während der Amtsdauer der Gemeindebediensteten die Zahl der Gemeinderatsmitglieder, so wird die entsprechende neue Anzahl Gemeindebediensteter erst bei der nächsten ordentlichen Gemeinderatswahl gewählt. Kom Minister wird erklärt, daß die Regierung aus ihren Vorlesungen im Entwurf festhalte. Ein Redner des Zentrums empfiehlt den Regierungsentwurf; von demokratischer Seite wird dem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, der angenommen wird. Die Beratung wird auf Mittwoch vertagt.

In der Nachmittags Sitzung wurde in die Beratung des Abschnittes VIII, von Gemeinden, welche aus mehreren Orten zusammengesetzt sind, eingetreten. Der § 94 wird nach einer unentschiedenen Beratung angenommen. Zu § 95 haben die sozialdemokratischen Vertreter den Antrag gestellt, daß der Bürgermeister in den Gesamtgemeinden durch die wahlberechtigten Einwohner zu wählen ist. Der Antrag wurde abgelehnt. Zu § 96 Abs. 1 wird von demokratischer Seite beantragt, daß bei diesen Gemeinden die Gemeindebediensteten und Gemeinderäte von der Gesamtheit der Wahlberechtigten, soweit durch Gemeinderatswahl nichts anderes bestimmt ist, gewählt werden. Der Antrag wird angenommen. Der Absatz 2 wurde gestrichen. § 97 wird unverändert angenommen. Die §§ 98, 99 und 100 werden nach einigen reaktionellen Veränderungen angenommen. Die §§ 101—104 werden unverändert angenommen. Abschnitt IX, von den abgeordneten Gemarungen, hierzu bestimmt der § 105, daß die abgeordneten Gemarungen bis zum 1. Januar 1924 durch Anordnung des Ministeriums des Innern mit benachbarten Gemeinden vereinigt werden sollen. Wird angenommen. Der letzte Abschnitt, Besondere Bestimmungen: Die §§ 106—110 werden nach einigen reaktionellen Veränderungen angenommen. Der § 111, der das Inkrafttreten des Gesetzes bestimmt, wird vorerst zurückgestellt. Die §§ 112 und 113 werden angenommen. Es wird hierauf der zurückgestellte § 71: die Rechtsverhältnisse der Gemeindebediensteten und Gemeindebediensteten betr., beraten. Derselbe erhält nunmehr folgende Fassung:

1. Zur Entscheidung von Streitigkeiten, die sich zwischen einer Gemeindeverwaltung und einem Gemeindebediensteten aus dem Dienstverhältnis ergeben, werden Schlichtungsausschüsse gebildet, die aus Vertretern der Gemeinden und der Beamten als Vorgesetzter und einem Vorsitzenden bestehen. 2. Gegen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses steht beiden Parteien die Anrufung des Landeserschlichtungsausschusses offen, der vorbehaltlich der Bestimmungen des § 70 Abs. 8 endgültig entscheidet. Der Landeserschlichtungsausschuß besteht ebenfalls aus Vertretern der Gemeinden und der Beamten als Vorgesetzter und einem Vorsitzenden. 3. Die näheren Bestimmungen zum Vollzug dieser Bestimmungen, insbesondere über die Wahl der Gemeinde- und Beamtenvertreter, die Berufung der Vorsitzenden

Lichtenstein

Romanische Sage von Wilhelm Hauff (Fortsetzung.)

Dritter Teil

1.

In Schwaben, wo dein Vater Herzog war, Wo ihn und dich ein lieberes Volk geliebt, Wo mancher jetzt auf seiner Feste haust, Der unter einem Banner einig gekämpft, Dort muß von dir noch ein Gedächtnis sein, Dorthin sei unser irrer Pfad gelenkt, Des Schwarzwalds dichter Schatten nehm' uns auf, Ihland.

Wohl nie so schön hat ein Sommer über Württemberg gelegen als der des Jahres 1519. Das ganze Land hatte dem Bunde gehuldigt und meinte, es werde jetzt Ruhe haben. Aber jetzt erst zeigten die Bundesglieder deutlich, daß es nicht die Wiedereinnahme von Neutlingen gewesen sei, was sie aufzuziehen für ihre Mühe. Die einen wollten, man solle Württemberg unter sie teilen, die andern, man solle es an Oesterreich verkaufen, die dritten wollten es Herzogs Kinder erhalten, aber unter des Bundes Oberherrschaft. Sie stritten sich um den Besitz des Landes, auf das weder der eine noch der andere gerechte Ansprüche machen konnte. Das Land selbst war in Spaltung und Parteien. Es sollte die Kriegskosten beden, und doch war niemand da, der zahlen wollte. Die Ritterschaft hielt es für eine erwünschte Gelegenheit, sich ganz vom Lande loszulösen und sich für unabhängig zu erklären. Die Bürger und Bauern waren ausgezogen, ihre Felder waren verwüstet und gerietren, sie sahen nirgends eine Aussicht, sich zu erholen. Die Geistlichkeit wollte auch nicht allein bezahlen, und so war alles in Hader und Streit. Es ging auch vielen tief zu Herzen, daß ihr angeborener Fürst so schande behandelt worden war. Ränchem kam jetzt, da der Herzog fern von dem Lande seiner Väter in Verbannung hauste, Neue und Sehnsucht an. Sie verglichen sein Regiment mit dem jetzigen. Es war nicht besser, wohl aber schlimmer geworden. Aber sie lebten unter so hartem Zwang, als daß sie ihre Schmerzen hätten offenbaren können.

Der Regentenschaft des Bundes entging diese Unzufriedenheit des Volkes nicht; sie mußte, wie sich in alten Berichten findet, „manche seltsame und böse Rede“ hören. Sie suchte

durch geschärfte Strenge sich die Anhänglichkeit zu erwerben; sie streute Klagen über den Herzog aus. Man gehoi den Priestern, gegen ihn zu predigen; wer von ihm Gutes rede, sollte gefangen werden, wer ihn feindselig unterstützte, sollte der Augen beraubt, sogar enthauptet werden.

Aber Ulrich hatte noch treue Leute unter dem Landvolk, die ihm auf geheimen Wegen Kunde brachten, wie es in Württemberg stiehe. Er sah in seiner Grafschaft Wimpelgard und harzte dort mit den Männern, die ihm ins Unglück gefolgt waren, auf günstige Gelegenheit, in sein Land zu kommen. Er schrieb an viele Fürsten, er beschorne sie, ihm zu Hilfe zu kommen. Aber keiner nahm sich seiner an. Er schrieb an die zur Kaiserwahl versammelten Kurfürsten — er halfen nicht. Das einzige, was sie taten, war, dem neuen Kaiser in seiner Kapitation eine Klausel anzuhängen, die Württemberg und den Herzog betraf, — er hat sie nicht geacht. Als sich der Herzog von aller Welt also verlassen sah, wandte er dennoch nicht, sondern setzte alles daran, sein Land mit eigener Macht wieder zu erobern. Es waren einige Umstände, die für ihn sehr günstig schienen. Der Bund hatte nämlich, als er Kunde bekam, daß sich niemand der Vertriebenen annehmen wolle, seine Hüter entlassen. Die meisten Städte und Burgen behielten nur sehr schwache Besatzungen, und selbst in Stuttgart waren nur wenige Fähnlein Anechte gelassen worden.

Durch diese Maßregel aber hatte sich der Bund einen Feind erworben, den man gering schätzte, der aber viel zur Nendierung der Dinge beizug, — es waren dies die Landtsnechte. Diese Menschen, aus allen Enden und Orten des Reiches zusammengelaufen, boten gewöhnlich dem ihre Hilfe an, der sie am besten gahle; für was und gegen wen sie kämpften, war ihnen gleichgültig. Um sie zu halten, mußte man ihnen vieles nachsehen, und Raub, Mord, Plünderung, Brandschäden führten sie auf ihre eigene Faust aus, um sich zu entschädigen, wenn sie den Sold nicht richtig bekamen. Georg von Frundsberg war der erste gewesen, der sie durch sein Unsehen im Heere, durch lässliche Lehungen und unerbilligke Strenge, einermachen im Raum hielt. Er hatte sie in regelmäßige Hotten und Fähnlein eingeteilt, er hatte ihnen bestimmte Hauptleute gegeben, er hatte sie gekleidet, geordnet und in Reihen und in Gliedern zu setzen. Sie zeigten aber jetzt, daß sie aus einer guten Schule kamen; denn als sie vom Bund entlassen waren, ließen sie nicht, wie früher, zerstreut durch das Land, um Dienste zu suchen, sondern rotteten sich zusammen, richteten zwölf Fähnlein auf, erwählten aus ihrer Mitte Hauptleute, und selbst einen Obersten in der Person des

langen Peters. Sie waren schwierig auf den Bund, nahrien sich von Raub und Beizahlungen im Land und führten Krieg auf eigene Rechnung. Die Anarchie war in Württemberg so groß, daß ihnen niemand die Spitze bot. Der Bund hatte sich von Streitkräften entsetzt und war zu sehr mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt, als daß er das arme Land von dieser Bande befreit hätte. Die Ritterschaft war uneinig, sie sahen auf den Schwörern und sahen ruhig diesem Treiben zu; die Besatzung der Städte war zu gering, um ihnen mit Kraft Einhalt zu tun, und Bürger und Bauern sahen sogar diesen Haufen gerne, wenn seine Forderungen nur nicht allzu groß waren, denn die Landtsnechte schimpften wüthlich auf den Bund, dem niemand hold war. Ja es ging sogar die Sage, diese Kriegsmänner seien nicht abgeneigt, dem Herzog wieder zu seinem Land zu verhelfen.

Es war ein schöner Morgen in der Mitte des August, als sich diese Leute in einem Wiesenthal gelagert hatten, das der Grenze von Baden zunächst gelegen war. Die riesigen schwarzen Tannen und Föhren, die das Tal auf drei Seiten umschlossen, gehörten noch dem Schwarzwald an, und das Hühner, das durch das Tal eilte, war die Wurm. Halb überschattet vom Wald, halb in den Weidenbüschen des Tales verdeckt, lag das kleine Heer in wunderlichen Gruppen und pflegte der Ruhe. In der Entfernung von zweihundert Schritten sah man Böden aufgestellt, deren blühende Lanzen oder rotahende Funten schon von weitem Furcht einflößten. In der Mitte des Tales, im Schatten einer Eiche, saßen fünf Männer um einen aufgespannten Mantel, den sie als Tisch gebrauchten, um ein Spiel auf ihm zu spielen, das heute noch den Namen Zehnnecht führt. Diese Männer zitterten sich vor ihren übrigen Genossen durch breite rote Binden aus, die sie über die Schulter und Brust herabhängen hatten, sonst aber hatte ihre Kleidung aus das zerlitzte und weiche Leinwand aus dem der übrigen Soldateske. Einige hatten Sturmhäuben auf, andere große Plümbüchse, mit eisernen Wänden versehen, dazu Lederfelle, welche von Hosen, Staut und Wivalls alle möglichen Schattierungen eckig waren.

Bei näherem Blick erkannte man übrigens noch zwei Dinge, durch welche sie sich von ihren Kameraden unterschieden. Sie führten nämlich keine Donnerbüchsen oder Spieß, wie sie die Landtsnechte gewöhnlich trugen, sondern Handbögen von ungemainer Länge und Breite. Auch hatten sie, wie es damals die Edelleute und Anführer trugen, auf ihrem Hüften und Sturmhäuben bunte, wallende Federbüschel aus Hahenschwänzen, um sich ein ritterliches Ansehen zu geben. (Fortsetzung folgt.)

Sozialismus und Streikrecht

hen, die Abgrenzung der Dienstbezirke, den Geschäftsgang und das Kostenwesen werden durch Verordnung des Ministeriums des Innern getroffen. Bei der Entscheidung müssen je 3 der in Abs. 1 und 2 bezeichneten Vertreter mitwirken. — 4. Auf Streitigkeiten bei Ausübung des Dienststreikrechts finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Der § 76, die Auflösung des Bürgerausschusses betr., erhält folgende Fassung: 1. Auf Antrag eines Drittels der bei der letzten Gemeindeverordnetenwahl Wahlberechtigten kann durch Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit aller Wahlberechtigten die Auflösung des Bürgerausschusses herbeigeführt werden. — Ebenso kann der Bürgerausschuss auf Antrag des Ministeriums des Innern durch Ausschließung des Staatsministeriums aufgelöst werden, wenn seine Dienstführung das Wohl des Staates oder der Gemeinde in schwerer Weise schädigt oder gefährdet. Darüber, ob die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, kann gegen die vorläufige Entscheidung des Ministeriums des Innern Klage beim Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. Wird innerhalb der Frist Klage nicht erhoben, oder die Klage abgewiesen, so kann die Auflösung des Bürgerausschusses durch das Staatsministerium ausgesprochen werden. Aus dem gleichen Anlaß kann nur eine Auflösung erfolgen. — 3. Auf die Bürgermeisterei erstreckt sich die Auflösung des Bürgerausschusses nicht. 4. Die Neuwahl der Gemeindeverordneten hat binnen 8 Monaten zu erfolgen; sie ist durch das Ministerium des Innern zu beantragen, das auch die für die Weiterverwaltung der Gemeinde in der Zwischenzeit erforderlichen Anordnungen trifft. Die Neuwahlen beruhen ihr Amt nur bis zur nächsten ordentlichen Erneuerungswahl.

Deutschnationale Hebe unter demokratischer Flagge

Allen Anfragen zum Troß hat die „Badische Landeszeitung“ immer noch nicht klar heraus gesagt, zu welcher politischen Richtung sie sich eigentlich zählt. Ihrer ganzen Aufmachung nach, insbesondere aber der seit Eintritt des Herrn Dr. Fröde in die Redaktion dieses Blattes unternommene Versuch, die sozialdemokratischen Mitarbeiter der Regierung aus dieser herauszuweisen, läßt mit Sicherheit auf die politische Richtung des genannten Blattes schließen. Nach außen zählt man sich zur Demokratie, in seinem Innern aber fühlt man sich als Deutschnational. In der Bekämpfung der Koalition sieht das Blatt nicht hinter der „Süddeutschen Zeitung“, auch nicht hinter der „Badischen Post“ zurück. Jedoch allein bekämpft das Blatt weder die Sozialdemokratie, noch die Sozialdemokraten, sondern die Sozialdemokratie in der praktischen Politik des Landes, das heißt in der praktischen Politik des Landes, das heißt in der praktischen Politik des Landes. In der Bekämpfung der Koalition sieht das Blatt nicht hinter der „Süddeutschen Zeitung“, auch nicht hinter der „Badischen Post“ zurück. Jedoch allein bekämpft das Blatt weder die Sozialdemokratie, noch die Sozialdemokraten, sondern die Sozialdemokratie in der praktischen Politik des Landes, das heißt in der praktischen Politik des Landes, das heißt in der praktischen Politik des Landes.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz lebenswichtiger Betriebe gegen wilde Streiks erinnert rechtzeitig daran, daß es einen Punkt gibt, an dem die sozialistische Entwicklung und das unbeschränkte Streikrecht feindlich aufeinanderstoßen. Das Streikrecht ist für die Arbeiter die unentbehrliche Ergänzung der kapitalistischen Wirtschaft. Wo der Profit entscheidet, und die Arbeitskraft auf dem Markt nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage gekauft wird, da ist die gewerkschaftliche Regulierung des Angebots eine Notwendigkeit, wenn nicht die Ware Arbeitskraft bei ungünstiger Konjunktur unter dem Erzeugniswert, d. h. unter das Mindestmaß dessen herabsinken soll, das zu ihrer Wiederherstellung notwendig ist. Das Streikrecht ist in der kapitalistischen Gesellschaft die Versicherung der Arbeiter gegen den Unnützlich.

Es ist gar nicht auszuweisen, zu welcher Tiefe des Elends und der Anarchität die Arbeiterklasse herabgesunken wäre ohne den gewerkschaftlichen Schutz gegen allzu große Not und Erniedrigung. Die Gewerkschaften können diese Funktion des Schutzes aber nur dann ausüben, wenn ihre letzte Waffe, die des Streiks, blank in ihrer Kasse bleibt. Darum die Empfindlichkeit aller denkenden Arbeiter gegen jede Einschränkung des Streikrechts, daher ihre Sorge, daß jeder erste Schritt auf diesem Wege zu unabsehbaren Konsequenzen führen könnte. Auf der anderen Seite steht das Ideal einer sozialistischen Gesellschaft, in der die menschliche Arbeitskraft ausgeübt hat, Ware auf dem Markt und Objekt der Ausbeutung zu sein, in der nach dem ordnenden Willen der arbeitenden Allgemeinheit alle einander entgegenstehenden Interessen ihren gerechten Ausgleich finden. Hier herrscht nicht mehr der Kampf aller gegen alle, sondern die Mitarbeit aller mit allen, hier kann der Interessenausgleich nicht mehr durch die Kraftprobe des Streiks, sondern nur durch gerechten Schiedspruch erfolgen.

Stellen wir uns theoretisch den Fall vor, in einer solchen Gesellschaft würde eine bestimmte Arbeiterkategorie ihre besonders wichtige Stellung in der Produktion dazu benützen, durch organisierte Arbeitsverweigerung besondere Vorteile für sich zum Schaden der Allgemeinheit zu erzwingen. Die Gesellschaft müßte sich gegen sie auflehnen und die Störer der sozialen Ordnung in ihre Schranken weisen. Das Problem wäre sehr einfach, wenn es ein Datum gäbe, mit dem die kapitalistische Gesellschaft aufhöre und die sozialistische beginnt. Wir aber wissen, daß der Übergang von der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen ein allmählicher Umstellungsprozeß ist. Der Verfasser einer zukünftigen Wirtschaftsgeschichte wird wahrscheinlich den gegenwärtigen Zustand der deutschen Wirtschaft als einen Übergangszustand bezeichnen, in dem die Anfänge der sozialistischen Wirtschaft schon deutlich sichtbar waren. Solange dieser Übergangszustand dauert, lassen sich gewisse Einschränkungen der Streikfreiheit aus sozialistischen Gesichtspunkten rechtfertigen, während sie auf gewerkschaftlicher Seite wegen des vorläufigen Lebenswomens der kapitalistischen Wirtschaftsform noch als Gefahr empfunden werden.

Die Verordnung des Reichspräsidenten geht von dem Grundsatz aus, daß die Arbeiter lebenswichtiger Betriebe, die bei uns zumeist schon in den Gemeinbesitz überführt sind, nicht durch überraschende Arbeits einstellen einen unzulässigen Druck auf die Gesamtheit ausüben dürfen. Dieser Grundsatz ist zu rechtfertigen, es ist aber auf der anderen Seite auch zu bedenken, daß unter den gegenwärtigen traurigen Umständen das Streben der Arbeiter nach verbesserter Lebenshaltung mehr denn je verständlich ist.

Die Verordnung des Reichspräsidenten sucht den gerechten Ausgleich zu finden, indem sie — dies ist doch der eigentliche Kern der Sache — den Reichsminister des Innern zum entscheidenden Faktor eines für beide Seiten verbindlichen Schiedsgerichts macht. Ist in Gas, Wasser- oder Elektrizitätswerken ein Streik nach gewerkschaftlichen Regeln und nach Ablehnung des Schiedsgerichts erster Instanz ausgebrochen, dann kann der Reichsminister diesen Streik beendigen, indem er den Arbeitgeber, d. h. in der Regel die Gemeinde, veranlaßt, durch Erfüllung der Arbeiterforderungen den Streik zu beenden, oder aber indem er die Forderungen der Streikenden ablehnt und die Inangabe des Betriebes durchsetzt, äußerstenfalls gegen den Willen der Streikenden durchsetzt.

Es kommt also alles darauf an, in welchem Geiste die Anwendung der Verordnung erfolgt, mit anderen Worten, welcher Geist im Reichsministerium des Innern herrscht. Wieder einmal wird den Arbeitern die große Bedeutung des Streiks der politischen Macht klar vor Augen geführt. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob die Machtfülle eines Reichsministers des Innern von einem Manne ausgeübt werden, der etwa bei seinen Entscheidungen auf das Interesse der Privatindustrie an niedrigen Löhnen Rücksicht nimmt oder aber von einem Manne, der von wahrhaft sozialer Gesinnung beherrscht wird.

Dann kommt es aber darauf an, daß aus dem ersten Schritt zur Einschränkung der Streikfreiheit keine weiteren Konsequenzen gezogen werden, die die gesamte Arbeiterklasse einstimmlig ablehnen müßte. Auf keinen Fall darf das Privatkapital auf dem Wege, der da geöffnet worden ist, seinen eigenen Vorteil finden, darf ein weiterer Ausbau des Schiedsgerichtswesens in einer Weise erfolgen, durch die die Stellung des privatkapitalistischen Unternehmertums gegenüber den Arbeitern gefährdet wird.

Unter diesen Voraussetzungen wird man die Verordnung des Reichspräsidenten passieren lassen dürfen. Sie ist das Kind einer Zwangslage, die durch das zerschlagene Treiben der kommunistisch-fundamentalistischen Agitation geschaffen worden ist. Am besten wird es sein, wenn sie mit dieser Zwangslage selbst sobald wie möglich wieder verschwinden kann, wenn die Selbstachtung der Arbeiter, ihre Einsicht in die gegebenen Notwendigkeiten, ihre wahrhaft sozialistische Gesinnung an die Allgemeinheit jeden staatlichen Zwang unnötig macht.

Uns dünkt, daß es höchste Zeit ist, für die „Badische Landeszeitung“ sowie für die Demokratische Partei, klare Farbe zu bekennen, damit die politische Luft wieder rein wird von dem Gestank der Niederrichtigkeit und der Gemeinheit.

Bericht des Bezirksvorstandes

für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920

IV.

Frauenbewegung

Die Frauenbewegung hat im Verhältnis zur Familienorganisation nicht Schritt gehalten, obwohl im Geschäftsbereich häufiger Frauenvereine entstanden sind. Es hat sich auch hier gezeigt, daß Mitglieder nicht allein mehr durch öffentliche Versammlungen zu gewinnen sind und daß nur eine planmäßige Hausagitation bessere Erfolge verspricht. Hier fehlt bei den Frauen noch sehr viel, was allmählich besser werden muß. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug am 31. März 1920 5847 gegenüber 6616 vom 1. April 1919, so daß die Vermehrung nur 201 betrug.

Jugendbewegung

Böllig unbefriedigend ist der Stand unserer Jugendbewegung. Sie litt am meisten unter dem Kriege, indem die Leiter mehrere Jahre Kriegsdienste leisten mußten und Ersatz für sie nicht zu beschaffen war. Im Verlaufe der Jahre nahm die politische Führung die Kräfte der Partei anderweitig in Anspruch, so daß für die Jugendbewegung zu wenig Zeit betrandt werden

konnte. Vom Subjektivismus erfaßt, versuchten ihre großen Philosophen Welt und Gott aus sich selbst heraus zu verstehen. Alle diese Gedanken und Prinzipien spiegeln sich in ihrer Kunst. In der Dichtung ist erfüllt von künstlerischem Empfinden. In der bildenden Kunst ist dies noch mehr verdeutlicht. Kunst und Wille zur Kunst ist Volkswille, nur die Konzeption wird aus dem Einzelnen hervorgehoben. Der Künstler steht bei den Griechen in mitten seines Volkes, nicht außerhalb wie heute. Der Grieche errichtet seinen Tempel nicht, entgegen aller sonstigen kirchlichen Bauten anderer Völker, um viele Menschen darin aufzunehmen, sondern mehr als Erinnerungsgedächtnis an die Gottheit, als Dokument. Er steht meistens über der Stadt — „Akropolis“. Er ist mit dem Boden gleichsam fest verankert, seine Säulen wachsen schräg in die Höhe, sein Giebel weist zum Himmel und so steht dieses horizontalgebäude als Ausdruck des damaligen Zeitgeistes vor uns.

Im Menschen wird das Ziel aller Dinge gesehen. Die griechische Plastik nimmt den Menschen als Ausdrucksform für die Götter. Es zeigt sich auch hier der freie Geist des Griechen, der dies eine gewisse, gewissermaßen reale Verhältnis zu seiner Gottheit sich gebildet hat. Körper- und Lebenskultur und Wissenschaft stehen auf hoher Stufe, hohe sittliche Ideale sind vorhanden. Die Plastik wird idealisiert, bildet den Höherwert der Sittlichkeit. Der ganze Zeitgeist befruchtet die Kunst, leitet zu ihr hinüber. Vollkommenes wird angestrebt, wird erreicht. Die griechische Plastik verbindet absolute Schönheit mit menschlichem Empfinden. Sie vereint die klassische Form mit der Natur und zeitigt dadurch den Idealismus.

Forsheimer Stadtbilder. Eine eigenartige Kunstschöpfung bietet die vor einigen Tagen erschienene Mappe Forsheimer Stadtbilder von der Hand des Malers-Madriker Carl Rabitz. Klare Impressionen, die durch die ausgeprägte künstlerische Auffassung und hervorragende technische Ausführung aus dem Rahmen des Mittelmaßigen fallen, zeugen von dem feinkinnigen Empfinden des jungen einheimischen Künstlers. Neben einigen neuzeitlichen Motiven sind besonders die Alt-Forsheimer Buntel zu nennen, von denen mancher die längst verlassenen Tage der Forsheimer Markgrafzeit vorzüglich wiedergibt. Das Werk erscheint im Kunsttag Fritz Vogl (Griffels Kunstabinett).

Eine Reichshauptkonferenz für das technische Schutzwesen? Von unterrichteter Seite wird den R.R.M. geschrieben: Die Ver-

Am Samstag ließ das deutschnationale, aber angeblich demokratische Blatt die Kasse aus dem Saal, indem es in einer Polemik gegen den Staatsanzeiger der Regierung den Vorwurf macht, daß sie sich nicht wundern dürfe, wenn die Bauern angesichts der Faltung der „Karlsruher Zeitung“ keine Kartoffeln in die Städte liefern. Um diese Behauptung aufzustellen zu können, und insbesondere den demokratischen Mitgliedern der Regierung eine Güterchau machen zu können, produziert das Blatt zunächst wieder eine allgemeine Lüge. Es behauptet, erfahren zu haben, in einem Gemeinderat hätten Mitglieder des Blattes erklärt, nach der Faltung der „Karlsruher Zeitung“ zu schließen, müsse in Karlsruhe die ganze Regierung unter sozialdemokratischem Kommando stehen; einer Regierung, die demnach sozialistische Agitation treibe, bringe man keine Sympathien entgegen. Angeht dies irgendjemanden, so ist es, daß die „Badische Landeszeitung“ nicht mehr, warum die landwirtschaftliche Bevölkerung in der Ablieferung von Kartoffeln zurückbleibe. Die Gemeinheit in dieser Erzählung ist die bürgerliche Bevölkerung gegen die sozialistischen Mitglieder in der Regierung mobil zu machen. Dem Ziel und der Absicht, von der Industrie und ein Teil der Bauern erfaßt ist, sollen aus ein moralisches Mäntelchen umgehängt werden. Krieg und Revolutionsgewinnler in der Landwirtschaft will Herr Dröbe beden, indem er ihnen für ihr von Geiz diktiertem Verhalten politische Motive unterzuspielen versucht. Die Arbeiter in

Norddeutschland treiben ja bekanntlich gegenüber der Reichsregierung und gegenüber der Bevölkerung in den Städten gemessen Sabotage. Ein Teil dieser Patrioten läßt lieber das Getreide im Halm verfaulen, als reiflos abzufahren, weil er aus dem hieraus hervorgerufenen Zusammenbruch der Wirtschaft die Wiedererrichtung der Monarchie erblickt. Diese gemeine und niederträchtige Kampfmethode will die „Badische Landeszeitung“ nun auch in Baden bodenständig machen. Das Blatt fesselt die indirekte Art der Empfehlung dieser Kampfmethode und erzählt Mährchen, die allenfalls noch in einer politischen Kinderbuch-Ankündigung finden dürften.

Zum wiederholten Male rufen wir an die „Badische Landeszeitung“ die Anfrage, ob sie noch ein Organ für die Demokratie ist, ob es noch den großen Richtlinien einer Koalitionspolitik Rechnung tragen will, oder ob sie nicht endlich aufgegeben hat, daß sie sich als Schirmhalterin der deutschnationalen Politik stellt. Diese Anfrage rufen wir auch an die demokratische Partei, welche die Pflicht hat, zu verhindern, daß eines ihrer Organe nichts anderes als demagogische Hebe treibt. Es ist durchaus verständlich, wenn Organe der deutschnationalen Partei die Regierung noch bestem können anzureizen, unverständlich aber ist es und für eine gemeinliche Partei in der Landespolitik unerträglich, wenn die zur Demokratie gehörende „Landeszeitung“ fortwährend die Koalitionspolitik mit Anstoß an die niedrigen Instanzen der Menschen hören darf und daß die demokratische Parteileitung nicht endlich den Mut findet, öffentlich zu erklären, wie sie zu einem solchen Organ steht. Die Hebe gegen die „Karlsruher Zeitung“ ist für die „Badische Landeszeitung“ nur Mittel zum Zweck und ein Versuch, die Führer der Demokratie auf Eis zu führen

Die Verheerungen des Spaltpilzes

Eine Rückschau aus dem Jahre 1920 von Ferdinand Rabitzinger
Der Spaltpilz in der Arbeiterkassette, Der hatte sich prächtig entwickelt: Um neunzehnhundertundzwanzig war Die ganze Bewegung zerfallen.
Der sozialen Parteien gab's Dreihundertundvierundachtzig, Der Kapitalist rieb die Hände mit Lust Und lachte: „Die Sache macht sich!“
Es splitterten stets von der älteren Partei Nach links die Radikalen, Bekämpften blinzwügend die Brüder von rechts, Insonderheit bei den Wahlen.
Doch die neuen Parteien zersieten alsbald In linke und rechte Flügel, Die Spaltungen wurden fortgesetzt, Und manchmal gab's dabei Prügel.
Inaue klein war der Gruppen Anhängerschaft, Denn schwierig war ihre Gewinnung, Jedoch sie erkehten die fehlende Zahl Durch Festigkeit der Gewinnung.
Im Schimpfen war groß der Separatismus Und ach, bald hieß ein jeder, Der früher Genosse und Bruder war, Ein „Schuft“ und ein „Verräter“.
Auf der schiefen Ebene der Negation Da gab's für die meisten kein Halten: Es lag im Prinzip der Zutragens, Sich immer weiter zu spalten.
Zulezt bestand die linke Partei Aus einem einzigen Genossen, Der hatte alle, die andern Sinns, Als „Verräter“ ausgeschloßen.
Er war es, der's mit der Arbeiterkassette Am besten und redlichsten meinte, Indem er das Arbeiten für ihr Wohl Grundfähig bemied und berneite.
Er war bewußt — und rühmte sich bez — Der Unfruchtbar-Radikalste, Am meisten der Wirklichkeit abgewandt, Sein Sinn war der idealste.

Einst für die er sich einen Parteitag aus, Mit der Welt seine Kräfte zu messen, Da siehe, es zeigte auch dieser Mensch Sich schon dem Spaltpilz zerfressen!
Er war in mander Frone bei sich Oft selber gedoppelter Meinung, Die eine war milder, die andere scharf, — Unmöglich lösten ihre Vereinung.
Da geschah ein Wunder; wer hätte gedacht, Daß dazu der Spaltpilz es bräute: Der Mann schied in zwei Hälften sich, Eine linke und eine rechte!
Die feindlichen Dämonen kritten noch fort Und kamen sich groß in die Haare, Bis endlich der Totenrüber vergnügt Sie legte auf eine Bahre.
Und über dem Grabe tanzten entzückt Und machten verächtliche Gesten, Der Kapitalist und der Militarist, Und das ganze Rückwärts-Gelächter.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Kunst und Zeitgeist
Lezte Woche begann im großen Marktsaal der jenseitig Donnerstag abends stattfindende Vortragsreihe des Professors Dr. Segmiller, Vorsitzmann-München, über Kunst und Zeitgeist. Der sehr gute Besuch bewies, daß auch diesen Vorträgen das gleiche Interesse wie den vorjährigen entgegengebracht wird. Der erste Abend war der Kunst Griechenlands gewidmet.
Der Vortragende beruht es, in klar geordneter, fählicher Weise ins Gebiet der Kunst, und zwar diesmal in deren Zusammenhang mit dem jeweils herrschenden Zeitgeist einzuführen. Während in Athen und im Orient das Lebensideal noch in Anlehnung unter weltlicher Herrschaft und Religion bestand, fühlten sich die Griechen zuerst als freie Staatsbürger. Sie hatten Selbstbewußtsein, bestimmten im Staat mit, sich allerdings dem Gemeinwohl des alten Hellas unterordnend. Einen freien Standpunkt nahmen sie auch zur Religion ein. Ihre Götter betrachteten sie als Freunde, Väter, die gegebenen Falles ihnen persönlich beistanden, mit ihnen verkehrten. Es war nichts mehr von asiatischer oder orientalischer Abhängigkeit in ihrem Denken, sondern Freiheit.

... dem A. d. B. auch fernerhin eine gute Entwidlung. ... der grünen Käse ...

Vobenerform oder Volkseigenheit? Anlässlich der ... des Bundes der Vobenerformer fand am Samstag ...

... die Vobenerformer ... die Vobenerformer ...

Abendliches Landes-Theater-Direktor. Auf das heute ...

Kassensystem. Peter Brang mit Gesellschaft wird ...

Polizeibericht vom 15. Nov. Automobilunfall. Am ...

Unfall. Am 14. ds. Mts. nachmittags ...

... die Vobenerformer ... die Vobenerformer ...

Jugend und Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Große Erfolge des Karlsruher Wasserportvereins. ...

Freizeitspiel Hohenwettersbach - Volkswartener 2:0. ...

Fußballwettkampf Spöck - Heilsheim 5:2. ...

Weitere Sportveranstaltungen

Eisabspiel. Verein f. Bewegungsspiele gegen ...

Kleine Nachrichten

Berlin. Das Zentrum, die Deutsche Volkspartei ...

Berlin. Auf Veranlassung des Hansabundes ...

München i. B. Die hiesige Polizei verhaftete ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ...

Stettin. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ...

Rechte Nachrichten

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands

Aus dem Hauptausschuss des Reichstags

Berlin, 13. Nov. Im Hauptausschuss des Reichstags ...

Zerlegung einer kommunistischen Betriebsräte-

Berlin, 14. Nov. Die Betriebsräte der A. L. ...

Brandensoldungsgesetz und Reichsnotopfer

Berlin, 14. Nov. Der Reichsrat hat heute ...

den Vorkauf zur beschleunigten Erhebung des Reichs-

Kompromiß zwischen Sozialisten und Liberalen in Belgien

Brüssel, 14. Nov. Die Blätter melden, daß es ...

Bedrohung Deutschlands durch die Polen?

Berlin, 14. Nov. Nach einer Meldung der ...

Wragels Niederlage

Paris, 14. Nov. In den Ereignissen in der ...

Daluta-Bericht vom 13. November

Die Daluta notierte heute in der Schweiz ...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes-

wetterwarte vom 15. November 1920

Wasserstand des Rheins

Saarlautern 49 Zm., gef. 1 Zm.;

Briefkasten der Redaktion.

Die Zeitung der Tage. Der Einhaber des ...

Standesbuchsätze der Stadt Karlsruhe

Eheaufträge. Karl Joh von hier, ...

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Arbeiter-Sportklub.) Mittwoch, 17. Nov.,

Wieder neu aufgenommen!

Sport-Bekleidung

- jeder Art
- Ski-Kostüme** (Anzüge, Hosen)
 - Touren-Anzüge** (Kaiserjoppen, Kaiserwesten)
 - Loden-Mäntel** für Damen und Herren
 - Gummi-Mäntel** 6400

Sehr preiswert! * Reelle Bedienung!

Prüfen Sie meine Leistungsfähigkeit

Karlsruhe i. B.: Kaiserstrasse 174
Farnsprecher 5218

Filiale Durlach: Hauptstrasse 30
Farnsprecher 20

Spezialhaus für sämtliche Sport-Artikel.

Die Herstellung eines Eislauf- und eines Eisgewinnungsplatzes auf dem Gelände der ehemaligen Dampfseilerei Gemarkung Durlach betr.

Die Stadtgemeinde Durlach beabsichtigt auf dem Gelände der ehemaligen Dampfseilerei einen Eislauf- und Eisgewinnungsplatz herzustellen und das hierzu erforderliche Wasser der Fing zu entnehmen.

Einige Einwendungen gegen dieses Unternehmen sind beim Bezirksamt Durlach oder dem Gemeinderat deselbst binnen 2 Wochen von der Ausgabe dieses Blattes an anzubringen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten; besonders wird darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern oder natürlichen nicht öffentlichen Wasserläufen begründete Rechte namentlich als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind und daß daß 2. auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht worden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten.

Die Bescheidungen, Pläne und Zeichnungen liegen auf dem Rathaus in Durlach während der Einspruchsfrist zur Einsichtnahme aus.

Karlsruhe, den 12. November 1920. 3080
Bezirksamt II. O. 3. 304

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe: Zab. Nr. 2964, 16 Nr 32 am Hofraute mit Gebäuden, Baummeisterstraße 32, 1 Nr 22 am Gartengarten, zusammen 17 Nr 52 am.

Schätzung: 170 000 M.

Versteigerungstermin: Donnerstag, 9. Dezember 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Akademiestraße 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1920. 2908
Notar Dr. G. als Versteigerungsgericht.

Zahlungs-Aufforderung.

Das zur Zahlung verfallene Schulgeld für das:

II. Trimesterjahr 1920/21 der Tischlerlehre (9. Klasse), Handelsschule Jahresklasse (Obern), Gemeindefachschule (freim. Schüler).

I. Trimesterjahr 1920/21 der Goethe-, Humboldt-, Oberreals, Reals, Fichte-, Festungs- und Handelsschule Jahresklasse (Obern).

ist bis spätestens 30. November ds. Jz. zu entrichten.

Nach Ablauf dieser Frist wird die in dem Schulgeld-Forderungszettel angegebene Verzinsungsgebühr erhoben und außerdem gegen die säumigen Schuldner Zwangsvollstreckung angeordnet.

Bei Charlasse Giro- oder Postkontokonten-Inhabern, welche fällige Abhebung der Schulgelder beantragen, muß die Giro-Kammer auf dem Forderungszettel bemerkt sein, wo dies nicht der Fall, muß dies alsbald am Schalter 8 der Kasse veranlaßt werden.

Bei bargeldlosen Zahlungen auf unser Postkontokonto Nr. 3 oder unser Giro Nr. 96 der Stadt. Sparkasse muß unbedingt Schule und Forderungszahl angegeben werden. 3073
Karlsruhe, den 14. November 1920.
Stadtkassentafel A.

Ankauf! Lumpen.

Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen, Reste zum höchst. Tagespreis. Handwerker und Händler Vorzugspreis.

Kögel, Nachf. Weismann
Karlsruhe - Mühlburg, Sedanstraße 8.

Schreibkurs

(für Anfänger)
Donstag, 16. Novemb.
78 Lessingstraße 78
nicht vergessen. 2980

Colosseum.

Peter Prang
mit Gesellschaft.
Ab Heute
Montag, den 15. Nov.
und folgende Tage
täglich abends pünktlich
8 Uhr 5491

Der brave Peter!

Schwank in 3 Akten
von Gg. Okonkowsk.

Vorverkauf im
Städt. Zigarrenhaus
Ecke Herren- und
Kaiserstr.: 11-5 Uhr.

Büchdiwan.

Betten, Vertikow, Wasch-
tisch, Kommode mit Marmor-
und Spiegel, Schrank, Schrank,
Schrank, Zimmer u. Küchen-
tische, Spiegel, u. versch. billige
zu verkaufen. **Franz,**
Hr.-u. Berl., Steinstr. 7.

Brennholz

Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle
für Erwerbsbeschäftigte und Gewerbetätige in Karlsruhe,
Friedrichstraße 100, Telefon 5270-5274,
liefert ab Lager (Erzeherhalte), oder frei Keller
offenfeurig gepalten,
Kleinstück, klein
in jeder Größe und
in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung
unterliegt unter Vorbehalt, arbeitsbeschäftigten und
arbeitslosen Personen Beschäftigung zu schaffen. 2989

Kleinerkaufpreise für Gemüse und Obst.

Für die Zeit vom 16. Nov. bis 22. Nov. 1920.
Die hiesige Preisprüfungsstelle hat - im Be-
nehmen mit den benachbarten Städten - für Karlsru-
he einj. Vorort folgende Preise festgesetzt:

Gemüse		Obst	
Kartoffeln	38	Kohltraut	45
Bodenbohnen	15	Schwarzweizeln	230-250
Bohnen, dürr	220-230	Erbis	40
Blumenkohl	180-200	Sauerkraut	50
Feldsalat	160	Weiße Rüben	10
Wasserkress	22	Winterkohl	25
Wasserrucola	22	Wasserkress	30
Weiße Rüben	31-220	Wasserrucola	30
Gelbe Rüben, rot	30	Wasserrucola	30
Kartoffeln o. Kraut	40	Wasserrucola	30
Kartoffeln	15	Wasserrucola	30
Lauch	35	Wasserrucola	30
Rangold	20	Wasserrucola	30
Wasserrucola	250	Wasserrucola	30
Wasserrucola	160	Wasserrucola	30
Wasserrucola	20	Wasserrucola	30

Die Liebesprüfung dieser Preise wird gegebenenfalls als übermäßige Preissteigerung verfolgt.
Karlsruhe, den 12. November 1920. 3074
Städtisches Preisprüfungsamt.
Dr. Edwin Müller.

Teppiche.

- Teppiche, hochseidig, haltbares Jutegewebe. ca. 135x220 390.- 700x360 cm 490.-
- Axminster-Teppiche, schöne Perseermuster, sol. Qual. ca. 170x235 590.- 200x300 cm 975.-
- Derbent-Teppiche, Copien von Perseerteppichen. ca. 200x300 1800.- 250x350 cm 2675.-
- Plüsch-Teppiche, Knaster, solide Qualität, viele Muster. ca. 200x300 1975.- 250x350 cm 3350.-

- Bettvorlage hochseidig 32.-
- Boucle-Vorlage sehr haltbar 95.-
- Fell-Vorlage 125.-, 95.-, 72.-
- Läuferstoffe sehr dauerhaft 19.50

Ulstein-Schnittmuster. 6881

Geschw. KNOPF.

Oeffentl. Aufklärungs-Versammlung

über die
Wirtschafts-Organisation Sowjet-Russlands

findet am Montag, den 15. November, abends 8 Uhr, im großen Saal der Festhalle statt.

Referent: Volkswirtschaftler Dr. Alfons Goldschmidt-Berlin.

Dr. Alfons Goldschmidt verleiht vier Monate in Russland zum Studium der russischen Wirtschaftsorganisation.

Eintrittspreis (einschließlich Steuer) 1.30 M.

Vorverkauf in folgenden Lokalen: Mühlburg, Rheinanal; Weiskopf; Stadt Dresden; Mittelstadt; Germania; Altschmidt; Gewerkschaftszentrale; Hofstadt; Georg Friedberg; Sühndahl; Sühndahl; und an der Abendkasse.

Saalsöffnung 7 Uhr. Erscheint in Massen.

Vereinigung Aufklärung Ost. 6366

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.
Mittwoch, 17. November, abends 7 1/2 Uhr
(also gleich nach Geschäftsstunde), findet in der „Krone“, alte Amalien- und Doulaskstraße, eine
Vertrauensmänner-Versammlung
statt. Jede Werkstatt muß vertreten sein.
6404 Die Erbsenwerkstatt.

Badisches Landestheater

Montag, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr
Sonder-Sinfonie-Konzert
des Landestheater-Orchesters. 6003
Karten zu 4 10.-, 8.-, 6.-, 5.-, 4.-, 3.-, 2.- im
Landestheater u. den Verkaufsstellen der Stadt.

Jetzt ist es Zeit

alle kranken und verwundeten
Puppen
zu bringen.
(Schluß der Reparaturen-Annahme am 1. Dez.)

Erste Karlsruher Puppen-Klinik

H. Bieler, Kaiserstrasse 223
zwischen Douglas- und Hirschstrasse
Grosses Lager in Puppen aller Art
Perücken, Ersatzteilen, Köpfen, Garderobe

Karl Timeus

Färberei u. chem. Waschanstalt
liefert muster-gültige Arbeit
bei mässigen Preisen ::
Marienstr. 19/21 Kaiserstr. 66
Telephon 2838 b. Marktplatz.

Saiten-Instrumente

u. Bestandteile
in grosser Auswahl.
Odeon-
Musik-Haus
Karlsruhe, Kaiserstrasse 175. Telephon 339.

Nähmaschinen, Fahrräder, Emailherde, Ofen.

sowie sämtliche Ersatz- und Zubehörteile
werden preiswert geliefert. 6398
Reparaturen unter Garantie ausgeführt von
Ferd. Werner, Malsch.

Handschuhe

in Leder u. Stoff färbt u.
reinigt **Färber D. Lasch**
Telephon 1933. 6661
Filialen in allen Städten.

Täglich 50 Mh. und mehr verdienen fleißige Leute
durch Verkauf eines neuen unent-
behrlichen Artikels. Jedermann ist Käufer! Einem
Notstand abgeholfen! Käufer gegen Entsendung von
2 M. 8. Miff. Oberweier b. Bahl (Weden). 6311

Durlacher Anzeigen.

Kartoffelverjorung.

Diejenigen Familien, die wegen Mangels an Mitteln oder aus einem sonstigen glaubhaften nach-
zuhelfenden Grund ihren Kartoffelbedarf für die
Wintermonate nicht eudecken können, sollen ihren
Bedarf für die nächsten Wochen aus den von der
Stadt eingeführten norddeutschen Kartoffeln erhalten.
Der Bedarf mülle bis höchstens
Donnerstag, den 18. De. 1920.
Bei unserer Kartenausgabestelle, (Schloßhofstr.) schrift-
lich unter Angabe der Zahl der Familienangehörigen
angemeldet werden.
Der Preis für die Kartoffeln beträgt 30 Mh. für
den Zentner ab Ausgabestelle (Neue Kaserne).
Durlach, den 13. November 1920. 3079
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Kleinerkaufpreise für Obst und Gemüse

Gemüse	
Kartoffeln	38
Bodenbohnen	15
Bohnen, dürr	220-230
Blumenkohl	180-200
Feldsalat	160
Wasserkress	22
Wasserrucola	22
Weiße Rüben	31-220
Gelbe Rüben, rot	30
Kartoffeln o. Kraut	40
Kartoffeln	15
Lauch	35
Rangold	20
Wasserrucola	250
Wasserrucola	160
Wasserrucola	20

Obst.

Apfel und Birnen nach Güte 0.50-1.20 Mh.
Erdbeeren nach Güte 1.20-1.50 Mh.
Vortreffliche Preise wurden im Besonderen mit der
Stadt-Preisprüfungs-Kommission in Besprechung be-
handelt. Ihre Liebesprüfung wird gegebenenfalls als
übermäßige Preissteigerung angesehen und verfolgt.
Durlach, den 13. November 1920. 3078
Bürgermeisteramt.

Baden-Baden.

Städtische Schauspiele B.-Baden

Platzmiete für den Winter 1920-1921

§ 1. Für die Winterzeit 1920-1921
wird, beginnend mit Dezember, eine Platz-
miete (Abonnement) eingerichtet.

§ 2. Die Platzmiete wird drei gleichwertigen
Abteilungen (A, B, C) zu je 20 Vorstellungen
umfaßt.

§ 3. Die Mietpreise betragen für einen
Platz:

Ordnungs- und Orchesterplätze	150.-
Spezial 1.-5. Reihe	100.-
Empore 1. Reihe	100.-
Spezial 6.-10. Reihe	70.-
für alle übrigen Plätze, also	
Spezial 11.-18. Reihe	40.-
Spezial 11.-18. Reihe	40.-
Empore 2. bis letzte Reihe	40.-
Sanplätze	40.-

Alle Preise einschließlich der Luftheizein-
steuer.

§ 4. Die Platzmiete ist im Voraus zu ent-
richten, kann aber auch in zwei Raten erlegt
werden. Die erste Rate beträgt dann für die
ersten zehn Vorstellungen 80, 60, 40, 25 M., für
die zweite Hälfte den Rest, der jedoch vor Beginn
der ersten Vorstellung eingezahlt ist.

§ 5. Die Platzmietkarte wird auf den Namen
ausgestellt.

Die gemieteten Plätze dürfen von den Platz-
mietern zu einzelnen Vorstellungen veräußert,
aber nicht verkauft werden. Jeder Handel mit
Platzmietkarten ist unstatthaft. Zuwiderhan-
deln machen sich gemäß §§ 263, 49 St.G.B.
strasbar. Außerdem kann den betreffenden
Platzmietern durch die Intendanz das Recht
auf Weiterbenützung der Plätze entzogen werden
ohne Rückzahlung der im Voraus bezahl-
ten Platzmiete.

§ 6. Die Übertragung einer Platzmiete
wegen andauernder Krankheit, Familienveränderung,
Wegzug, ist nur mit Genehmigung der Inten-
danz gestattet.

§ 7. Der Eintritt in das Theater ist nur
gegen Vorzeigung der ausgefüllten Mietkarte
gestattet.

§ 8. Die Tage, an denen Vorstellungen in
Platzmiete stattfinden, werden durch die amtlichen
Theateranzeigen in den Zeitungen, auf den
Anschlagtafeln und auf dem jedesmaligen
Theaterzettel bekannt gegeben.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen diese Be-
stimmungen berechtigen die Intendanz ohne
weiteres zur sofortigen Aufhebung des Miet-
rechts des betreffenden Platzmeters, ohne daß
dieser Anspruch auf irgendwelche Zurückzah-
lung hätte.

Die Intendanz macht mit der Ausgabe die-
ser vollständigen Platzmiete einen Versuch,
der nur bei ausreichender Beteiligung gelin-
gen kann. 3075

Die Verwirklichung wird daher von der Zahl
der Anmeldungen, die für jede Abteilung (A,
B, C) mindestens 600 Betragen muß, abhängen.

Schriftliche Anmeldungen zur Platzmiete
sind an die Intendanz zu richten. Diese An-
meldung hat zu enthalten:

Zahl und Art der gewünschten Plätze,
Name der einzelnen Person, auf die die
Platzmiete ausgestellt werden soll, ge-
wünschte Wohnungsangabe. Die Bestellung
ist verbindlich für den Besteller.

Die Verteilung der Plätze behält sich die In-
tendanz vor, sie wird nach der Reihe der An-
meldungen vorgenommen. 3076

Die Intendanz

